GAMMA

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

15/00 - 14.August 00 - fast kostenlos*

>Das Antifa Infotelefon Leipzig könnt Ihr anrufen unter: 0341 - 940 540 7.

Achtung! Demnächst neue Nummer!

Infotelefon+GAMMA im Netz: http://www.free.de/infotelefon.

GAMMA per Faxabruf: 0341 - 940 540 8.

>Infos an uns: Anrufbeantworter+Fax: 0341 - 940 540 8, oder Post: IT, PF 101417, 04014 Leipzig, oder e-mail: NEU!: infotelefon@firemail.de

>Wenn Ihr uns anruft, sprecht bitte langsam und deutlich und hinterlaßt, wenn möglich, eine Rückrufnummer! Wir sind an jeder Art Infos interessiert, sei es über Streß mit Bullen, Nazis oder eine Veranstaltung, Demo usw.,die Ihr plant. Dies können auch Fakten sein , die nicht veröffentlicht, sondern an die richtigen Stellen weitergegeben werden sollen.

* **Spende** in die GAMMA-Spenden-Kasse, die dort steht, wo's GAMMAs gibt. [63]

Neue email-Adresse!

Wir sind ab sofort unter der Adresse **infotelefon@firemail.de** im web zu erreichen. Alle, die uns in den letzten Wochen mails an die alte geschrieben haben: Schickt sie bitte nochmal an die neue!

Was gewesen ist...

Bundesweit

Deutsche Flüchtlingspolitik

Frankfurt, 31.7. Die letzten fünf Flüchtlinge der ehemals 28 Frauen und Männer, die in der Frankfurter Flughafen-Flüchtlingsunterkunft am 19.7 in einen Hungerstreik getreten waren, haben ihre Aktion beendet. Sie hatten gegen die schlechte Unterbringung und mangelnde medizinische Versorgung protestiert.

Berlin, 3.8.: Berliner Behörden erklärten einen 14jährigern indischen Jungen kurzerhand für 32jährig und schoben ihn ab

Göttingen, 3.8. Das Verwaltungsgericht lehnte einen Eilantrag von sechs Roma ab, nicht in den Kosovo abgeschoben zu werden. (FR 4.8.)

Karlsruhe, 3.8. Ein mutmaßlicher Führungsfunktionär der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ist festgenommen worden. Der 64-jährige soll trotz einer Bewährungsstrafe weiter als PKK-Regionalchef tätig gewesen sein. Er sitzt in U-Haft.

Cloppenburg. Weil ein Afrikaner kein Herkunftsland glaubhaft machen konnte, trug die Behörde einfach Kongo in seine Papiere ein, um ihn abschiebn zu können. Es wurde wegen mittelbarer Falschbeurkundung Anzeige gegen die Beamten gestellt, der Afrikaner kam aus Abschiebhaft frei.

Tübingen. Eine seit zehn Jahren in Deutschland lebende kurdische Familie und dadurch in einigen Budesländern Anspruch auf Bleiberecht hätte, soll aus Baden-Württemberg abgeschoben werden. Sieben Kirchengemeinden gewährten ihnen nun Kirchenasyl.

Green und Blue Card: Die Green Card wird von den Arbeitsämtern ausgestellt und gilt für fünf Jahre, es muß eine Hochschulausbildung im IT-Bereich und ein vereinbartes Jahresgehalt von mindestens 100.000 DM nachgewiesen werden. Bei der Blue Card (von Bayern und Hessen vorgeschlagen) dürfen die Spezialisten sich nicht einfach einen anderen Job suchen: Ihre Aufenthaltserlaubnis erlischt sofort mit dem Arbeitsverhältnis.

Sachsen. Die rund 700 noch in Sachsen lebenden Kosovo-Albaner müssen den Freistaat bald verlassen. Illegal eingereiste Straftäter sollen zuerst gehen, so das Innenministerium. Danach würden jene mit abgelehntem Asylantrag und Kriegsflüchtlinge abgeschoben.

Delitzsch. Alltag für AsylbewerberInnen in Deutschland: Das Verlassen des zugewiesenen Landkreises kann Strafverfolgung nach sich ziehen. So wurde ein 25jähriger Pakistani jetzt vom Delitzscher Amtsgericht zu vioer Monaten Haft auf Bewährung verurteilt, weil er gegen die Residenzpflicht verstoßen hatte.

Nazibombenanschlag

In Düsseldorf wurde (wie eigentlich jedeR mittlerweile gehört haben sollte) am **27.Juli** ein Bombenanschlag auf eine Gruppe hauptsächlich jüdischer russischer Einwanderer verübt. Dabei wurde offensichtlich eine nachträglich mit TNT gefüllte deutsche Handgranate aus einer der beiden Weltkriege verwendet. Zehn Menschen wurden verletzt, eine schwangere Frau verlor ihr Kind.

Im Übrigen: Es sind 120.000 DM Belohnung auf Hinweise ausgesetzt, die zur Ergreifung der Täter führen.

Ein Polizist und weitere Anschlagsdrohungen

Vom Anschluß eines Beamten der Berliner Bereitschaftspolizei aus Potsdam-Mittelmark ging am selben Tag ein Anruf bei der Polizei ein, bei dem mit weiteren Anschlägen und Toten gedroht wurde. Der Beamte wurde mittlerweile suspendiert, in seiner Wohnung wurde Musik der "Böhsen Onkelz" beschlagnahmt sowie mehr Munition, als er zu Hause lagern darf.

Nazibomben als Vorwand für noch mehr Polizeistaat

Nach dem Anschlag in Düsseldorf ist bundesweit eine öffentliche Kampagne in Gang gekommen, in der Nazis zunehmend unter Druck geraten. Auf einmal berichten alle Zeitungen über jeden der alltäglichen Naziübergriffe in Deutschland, wo noch vor einem Monat nicht einmal ein Mord berichtenswert genug war, um über die Erwähnung im Nebensatz einer Kurznachricht hinauszukommen.

Politiker aller Parteien entdeckten das Thema Rechtsradikalismus neu. Was dabei herauskam, ist wieder mal typisch deutsch: Obrigkeitsstaatliche Forderungen aller Couleur. Vom Parteiverbot (Beckstein, Schily) über Arbeitsverbote, Einschränkungen des Demonstrationsrechts (Werthebach), vermehrte Videoüberwachung auf Bahnhöfen (Thüringens Inneminister und Schily), bis hin zu einer Verschärfung der Zensur des Internet reicht die Palette der Ideen. CDU-Vertretern kam dabei die abstruse Idee, "Filter " ins Web zu setzen (wie auch immer das gehen soll) und das Justizministerium wollte alle Nazirelevanten Domainnamen (sowas wie großdeutschland.de) verbieten. Weil das nicht geht, plant man dort nun, diese alle aufzukaufen. Die stellvertretende PDS–Vorsitzende Gabi Zimmer und der Bundesjugendrefeent der .Partei waren sich nicht zu blöd, gleich mal die Abschaltung von Telefonanschlüssen zu fordern – in diesem Fall die der Nationalen Infotelefone. Bundesinnenminister Schily war die kaum verhohlene Vorfreude an der Stimme anzumerken, als er die Einrichtung von Registrierungsadtenbanken für Rechtsextremisten einforderte, welche kurze Zeit später schon allgemeiner zur "Extremistendatenbank" mutierte. Und einer der letzten zynischen Gags dieser Geschichte: Ausgerechnet die rassistischen Menschenjäger des BGS sollen zur Bekämpfung der Nazis mit herangezogen werden. Nicht nur der Staatsapparat, auch die Bevölkerung soll unter dem Vorwand des Vorgehens gegen Faschos noch mehr zur Denunziation erzogen werden, als sie sowie schon ist: Innenpolitiker fordertenn alle auf, unter bestimmten Telefonnummern oder auf den Webseiten des Verfassungsschutzes Nazihomepages zu melden.

Es ist offensichtlich: Der Bombenanschlag ist ein gern genutzter Vorwand, den Überwachungs- und Repressionsapparat weiter auszubauen und die Bevölkerung auf diesen einzuschwören. Wenn es denn dazu dient, den "Wirtschaftsstandort Deutschland" nicht zu gefährden (Trittin).

Ohne Kommentar:

«Auch der Ausländer, der morgen abgeschoben wird, muss sich heute auf unseren Straßen sicher fühlen können.» (Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) am 1.8. in München auf einer Pressekonferenz zum Kampf gegen Rechtsextremismus)

Am **5.August** demonstrierten anläßlich des Anschlags in **Düsseldorf** über 1.300 Menschen gegen Rechtsextremismus.

Gimmick am Rande: In einer Konferenz der Landesinnenminister wurde als eine von vielen Maßnahmen gegen Rechtsradikalismus die "Initiierung kommunaler Bündnisse gegen 'Rechts'" angeregt.

Naziübergriffe

MORD in Ahlbeck, 24.7. Vier Nazis trampelten einen Obdachlosen zu Tode. Drei wurden kurz darauf festgenommen, der 24jährige Beteiligte **Gunnar Doege** tauchte vorläufig unter, wurde jedoch am **12.August** bei einem Ladendiebstahl erwischt und verhaftet. Die Polizei ermittelt mittlerweile auch gegen die Nazi-Mädchen, die bei Tat zuschauten, wegen unterlassener Hilfeleistung.

Sandbostel (Kr. Rotenburg/ Wümme), 27.7. Ein Mahnmal in der Außenstelle des KZ's Neuengamme wurde geschändet.

Eisenach, 29.7. Zwanzig Nazis beschimpften, traten und jagten zwei Asylbewerber aus Togo und dem Sudan. Gegen drei der Angreifer wurde Haftbefehl erlassen, einer in einem Jugendheim untergebracht.

Die latente Ausländerfeindlichkeit unter Beamten nimmt zu. Rund 15% haben mehr oder weniger rechtes Gedankengut.

Weßnig, 2.8. Seltsamer Kinderstreich: Das Kriegerdenkmal für gefallene Dorfbewohner aus dem I. WK wurde mit Hakenkreuzen geschändet. Die Polizei schließt einen politischen Hintergrund aus.

Herne, 3.8. 20 Faschos randalierten parolenbrüllend auf auf einer Kirmes. Die Polizei nahm alle Personalien auf und fünf Birnen vorübergehend in Gewahrsam.

Kaldenkirchen, 4.8. Drei Nazis bedrohten und jagten AsylbewerberInnen mit Eisenstangen und Holzknüppeln.

Essen, 4.8. Ein bisher Unbekannter warf einen fausgroßen Stein durch das Schlafzimmerfenster einer marokkanischen Familie. Auf einem am Stein befestigten Zettel war ein großes Hakenkreuz gezeichnet.

Bochum, 5.8. Eine Gruppe von Nazis randalierte, skandierte Faschoparolen und –lieder und griff einen Afrikaner an.

Deggendorf, 5.8. Nazis pöbelten zwei Männer wegen ihres fremdländischen Äußerem an und verletzten sie.

Hannover. Die Polizei nahm drei Nazis fest, als diese ein jüdisches Mahnmal beschmieren wollten.

Konstanz, 12.8. Fünf Neonazis überfielen zwei Türken und verletzten sie. Einen der beiden warfen sie anschließend in den Bodensee. Die Boneheads wurden festgenommen.

Naziaktivitäten

Eisenach, 29.7. Wenige Stunden nach dem Überfall auf die beiden Afrikaner (si.o.) löste die Polizei ein Treffen von ca. 50 Nazis am Burschenschaftsdenkmal auf.

Böhlen, 29.7. Rund 200 Nazis gedachten des toten Skinheads, der eine Woche zuvor ums Leben gekommen war (GAMMA #14/00).

Neumünster, 30.7. Beim Freundschaftsspiel zwischen dem FC.St-Pauli und dem VfR Neumünster ver-

suchten etliche Nazis, den Hamburger Fanblock anzugreifen, was jedoch am Eingreifen der Polizie scheiterte.
Rostock, 4.8. 36 Nazis griffen einen Infostand gegen Rechtsextremismus an.
Tostedt, 5.8. Rund 250 JN – Anhänger marschierten auf. Einigen Teilnehmern wurden laut Auflagen Bomberjacken und Springerstiefel abgenommen, so daß sie in Strümpfen teilnehmen duften. Es gab etwa 100 GegendemonstrantInnen.
Bad Berka, 5.8. Rund 100 Nazis wurden in Gewahrsam genommen. Somit wurde der verbotene Aufmarsch verhindert. Rund 100 Menschen nahmen an der Gegendemonstration teil.
Lößnitz, 5.8. Die Polizei löste ein Faschotreffen von 100 Birnen auf.
Freilassing, 5.8. 500 Polizisten verhinderten einen Aufmarsch von Nazis.
Schleswig, 12.8. Die Polizei löste einen Aufmarschversuch von Nazis auf. Alle 58 Birnen aus dem gesamten Bundesgebiet wurden vorläufig festgenommen.

Neues NPD-Blatt

Das NPD-Organ "Nationale Nachrichten – aktuell" soll angeblich als Postwurfsendung an alle Haushalte verteilt werden. Die reale Verbreitung ist jedoch wesentlich geringer. Chefredakteur ist der Berliner Nazikader Christian Wendt. In einer Ausgabe wurde letztens indirekt aufgefordert, Adressen von mißliebigen Leuten an die Zeitung zu schicken.

PDS–Mitglied will mit NPD reden

Das Greifswalder PDS–Mitglied **Jean–Yves Nossin** will nach Informationen der Nazipartei deren Gesprächseinladung annehmen, um "keinen Menschen auszugrenzen" und "Einfluß auf gewaltbereite Anhänger der rechten Szene ausüben" zu können.

Angeblicher Mitgliederzuwachs bei NPD

Die Verbotsdiskussion hat nach eigenen Angaben der NPD 500 neue Mitglieder innerhalb von zehn Tagen gebracht. Ob da was dran ist, sagen wir Euch später. Einen Neuzugang hat es auf jeden Fall gegeben: **Horst Mahler** hat seine lange gute Zusammenarbeit mit der Partei jetzt in eine Mitgliedschaft umgewandelt. Parallel kündigte er die Gründung einer Initiative "Für Deutschland – Ja zur NPD" an, mit der er in der Braunzone um Unterstützung für die Partei werben will.
Expansionsbestrebungen. Mittlerweile prüft die Partei angeblich die Möglichkeit der Einrichtung eines Verbandes in Südtirol. Auch auf Österreich wirft man begehrliche Blicke, weil dort jedoch das Wiederbetätigungsverbot besteht, prüfen die selbsternannten Rechtsexperten der NPD derzeit in wirklich putzigem Größenwahn, ob der österreichische Staatsvertrag überhaupt noch rechtmäßig sei.
Der Schweiz–Beauftragte der NPD erhielt derweil ein zehnjähriges Einreiseverbot in die Eidgenossenschaft.

REPs laden Vlaams Blok in Landtag ein

Die baden-württembergischen Republikaner haben am **30.Juni** im **Stuttgarter** Landtag eine Veranstaltung mit dem belgischen Vlaams Blok durchgeführt. Die Eröffnungsrede hielt der Bundesvorsitzende der Partei und Fraktionschef im Landtag, **Rolf Schlierer.** Für die belgischen Nationalisten referierte **Wim Verreyken**.

Urteile gegen Nazis

AG Berlin. Ein 28jähriger, der in einer Kneipe randaliert, Polizisten als Ossis und Schweine beschimpft, mit einer Axt nach Leuten geworfen, auf einen Mann eingeschlagen und ausländerfeindliche Sprüche gegrölt hatte, wurde wegen Volksverhetzung, Körperverletzung und Beleidigung zu einem Jahr und neun Monaten Haft verurteilt. Wenn das mal kein Idealfall für die HNG* ist...(*Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener)
Leipzig. Vier Nazis (20–24) wurden zu Haft zwischen dreieinhalb und ein eineinviertel Jahren verurteilt. Sie hatten im März den Jugendclub Döbeln überfallen und zwei Polizisten verletzt.

Bullenstaat gegen Chaostage

Wegen den befürchteten Chaostagen räumte die Polizei am **5.August** mal kurzerhand das **Hannoveraner** Sprengel–Gelände. Sie nahm 243 Personen fest. Begründet wurde dies mit dem Widerstand gegen die Räumung durch z.B. fliegende Gegenstände. Alle wurden einen Tag später wieder freigelassen.

Hamburger Sturm verboten

Tja, mehr ist dazu auch nicht zu berichten...Höchstens noch die Zeit: Die entsprechende Verfügung wurde vier Personen in der letzten Woche zugestellt.

NPD-Aufmarsch verboten

Ein gegen ein eventuelles Verbot gerichteter Aufmarsch in **Karlsruhe** am **12.August** wurde verboten. Im Kommentar war von Seiten der Nazis daraufhin von "Pogromstimmung gegen die NPD" die Rede...
Die beiden Aufmärsche vom **13.August** in Sachsen: **Zwickau** und **Pegau**, waren von der Partei zurückgezogen worden, ein für den **2.September** angekündigter in **Leipzig** entpuppte sich als Fake, der wahrscheinlich die NPD–Präsenz auf dem Tag der Sachsen in Zwickau schützen sollte.

Feuer auf NPD–Anwesen

Eine Hecke auf dem **Eninger** NPD-Grundstück brannte in der Nacht des **22.Juli.** Offensichtlich Verwirrte Parteivertreter konstatierten einen "großen Schaden für den Steuerzahler und die Tier– und Pflanzenwelt."

BfG ohne AOL–webspace

Der Online–Provider AOL hat dem **Bund für Gesamtdeutschland** nach NDR-Recherchen die Websites gesperrt.

Demo gegen Rechts

In München demonstrierten am **12.August** rund 3.000 Menschen gegen rechte Gewalt. Bemerkenswert sind dabei die Äußerungen des Münchner Oberbürgermeisters, **Christian Ude**, die Unterscheidung in "nützliche" und "unnütze" Ausländer sei menschenverachtend und die Forderung nach Senkung des Ausländeranteils zur Bekämpfung des Rechtsextremismus unverantwortlich.

Grenzcamp zu Ende

Über 500 Menschen haben am 3. antirassistischen Grenzcamp Anfang August in **Forst** teilgenommen. In-

nerhalb einer Woche liefen verschiedenste Aktionen wie Demonstrationen z.B. in Forst, Guben, Eisenhüttenstadt und Spremberg oder eine BGS-Blockade, bei der die Zufahrt zu deren Kaserne aufgegraben und mit mehreren zwei Meter hohen Barrikaden gesperrt wurde. Die Polizei hielt sich im Laufe der Woche, abgesehen von Provokationen und Schikanen gegenüber Einzelpersonen, extrem zurück. Am letzten Tag wollten sie dann jedoch doch noch Stärke zeigen und erstürmten um 8.30 Uhr mit SEK und zwei Hundertschaften das Camp, um Geräte zu beschlagnahmen, die einem Sender ähnlich sahen. (Die ganze Woche über war ein Grenzcamp-Radio in Betrieb) Den Sender fanden sie jedoch nicht. Dafür mußten sie neben anderthalb Stunden Schubserei und Beschimpfungen zum Schluß noch einige Dutzend Farbeier wegstecken.
Der Forster Bürgermeister, Gerhard Reinfeld, der dem Camp von Anfang an negativ gegenüber gestanden hatte, ließ es sich nicht nehmen, sich die die Razzia live anzusehen und wurde dafür nach Ende des Camps vom kompletten Abreisekonvoi besucht und zur Rede gestellt.
Die vorher groß angekündigten Gegenaktivitäten der Faschos blieben wie erwartet aus. Das einzige, was die nationale Jugend zustande brachte, war ein von Oliver Schweigert angemeldeter, aber schließlich verbotener (also Nicht-) Aufmarsch, einige lächerliche Flyer und vorbeirasende Autos.
Mehr Infos zum Camp unter www.nadir.org/borders

Regional

Naziübergriffe

Döbeln, 31.7. Zwölf Autos in einem Autohaus wurden mit Hakenkreuzen beschmiert.
Chemnitz, 31.7. Bei einem Naziübergriff auf eine irakische Familie wurde deren Kleinkind verletzt. Die Faschos fuhren den Kinderwagen um.
Borna, 31.7. Es gab Nazischmierereien an mehreren Wohnblöcken, in denen sowjetische Aussiedler leben.
Döbeln, 1.8. Roma sind von drei Birnen angepöbelt und mit einer Schreckschußpistole bedroht worden.
Eisenach, 2.8. Die Polizei nahm zehn jugendliche Nazis vorläufig fest, sie hatten "Sieg Heil" skandiert.
Torgau, 3.8. 5 Nazis beschimpften und schlugen einen Inder im InterRegio aus Leipzig.
Talsperre Pöhl, 3.8. Sieben betrunkene Nazis randalierten auf dem Campingplatz und skandierten Naziparolen.
Jena, 4.8. Zwei niederländische Studenten sind aus einer Gruppe Neonazis heraus beschimpft und angegriffen worden.
Eisfeld. Fünf Faschos wurden wegen verfassungswidriger Parolen festgenommen.
Eisenach, 9.8. Auf einen Dönerstand wurde ein Sprengstoffanschlag verübt, aber niemand verletzt. Ein 19jähriges NPD-Mitglied wurde als mutmaßlicher Täter festgenommen.
Derenburg(Sachsen-Anhalt), 10.8. Auf ein türkisches Restaurant wurden drei Mollies geworfen, die jedoch gelöscht werden konnten.

NPD will BM in Riesa sein

Die Partei will nächstes Jahr zur Bürgermeisterwahl in **Riesa** antreten. Sollte sie bis dahin nicht verboten sein...

YOZ-Betreiber nicht gegen Faschismus

Der Verein zur Unterstützung der Jugendarbeit in **Delitzsch** (warum der sich FUJD abkürzt, weiß ich auch nicht), der das Jugendzentrum YOZ betreibt, will ein Konzert des Vereins "Die anderen" nicht im YOZ stattfinden lassen. Begründung: Das Konzert steh unter dem Motto "Gegen Faschismus" und das sei eine linke Aussage. Man sei aber zu politischer Neutralität verpflichtet.

Antifakundgebung in Eisenach

Rund 300 Menschen demonstrierten am **4. August** gegen rechten Terror. Neun Eisenacher NPD-Mitglieder versuchten die Demo zu stören und wurden festgenommen.

Antifakundgebung in Zwickau

Anstatt des angekündigten und zurückgezogenen NPD-Aufmarschs fand in Zwickau am **12.August** eine Demo gegen Nazis mit ca. 2.000 TeilnehmerInnen statt.

Lehrer wegen Nazischülern entlassen

In **Thüringen** wurde ein Lehrer entlassen, weil er es versäumt habe, einzuschreiten, als seine Schüler auf einer Klassenfahrt faschistische Parolen skandiert hatten.

Leipzig

Polizeirepression gegen Antifas

Vor kurzem meldeten sich die Beamten bei fünf Leuten, die im April wegen einer angeblichen schweren Körperverletzung kurzzeitig in Gewahrsam genomen worden waren, und überreichten einen richterlichen Beschluß zur Speichelentnahme. Die Betroffenen verweigerten dies auch noch, als ein weiterer Beschluß vorbeigebracht wurde, in dem eine Hausdurchsuchung zur Ergreifung und bei Verweigerung der Speichelabgabe eine zwangsweise Blutentnahme angeordnet wurde.
Um diesen weiteren Schritt der Leipziger Polizei hin zu Kriminalisierung und totaler Registrierung (sogar der DNA) von Antifas zu verhindern, wurden AnwältInnen hinzugezogen, die die Zwangsvorführung bis zur Gewährung von Akteneinsicht aussetzen lassen sollen.
Darüber hinaus erklärte die Gruppe Antifas gegen Repression (AgR), sollte der richterliche Beschluß aufrecht erhalten werden, würden die Betroffenen nicht mehr aufzufinden sein. Dies beträfe auch alle weiteren eventuellen Fälle, in denen zwangsweise DNA–Erhebungen versucht würden. Die Repressionorgane müßten damit rechnen, daß die so Verfolgten abtauchen und ihre politische Arbeit umso radikaler fortsetzen würden.

Was sein wird...

Kalenda

1.-3.9.: Tag der Sachsen mit Nazibeteiligung in **Zwickau.**

IWF-Treffen in Prag

Vom **19.–26.September** findet in Prag das Treffen von Internationalem

Währungsfonds und Weltbank statt. Für die 10.000 Anreisenden wird der Ausnahmezustand für Prag eingeleitet: Tausende Polizisten und Militärs, abgeriegelte Stadtteile und ein den erwarteten zehntausenden Gegnern als Zeltplatz zugewiesenes Zentralstadion.

Bundesweit

Bundesweite Demo gegen Überwachungsgesellschaft

Am **14.Oktober** findet in **Leipzig** die bundesweite Demonstration gegen Überwachungswahn und die Politik der Inneren Sicherheit statt. Es ruft auf: Bündnis gegen Rechts und Antifaschistischer Frauenblock Leipzig. Beginn ist 14 Uhr am Augustusplatz. *Mehr Infos: www.nadir.org/camera*

Hess–Aufmärsche

Bisher bekannte größere Aufmärsche sind für den 19.August in **Rostock**, **Hamburg** und **Berlin** angemeldet, natürlich alle unter anderen Themen.

Aufmarsch in Siegburg

In der westfälischen Stadt soll am **7.September** ein Aufmarsch stattfinden, der vom NPD–**Kreisrat Dominique Oster** angemeldet wurde.

Aufmarsch in Bremerhaven

Die Bremer NPD hat für den **9.September** einen Aufmarsch in Bremerhaven angemeldet. Beginn soll 12 Uhr in der Innenstadt sein.

NPD-Aufmarsch zurückgezogen

Die Partei hat ihre Anmeldung für einen Aufmarsch in Berlin zum Hoocaust-Gedenktag (am **27.Januar**) zurückgezogen, wohl um sich ein wenig aus dem Kreuzfeuer zu nehmen.

Leipzig

D&B gegen Überwachungswahn

Am 1.September gibt's im Conne Island drum&bass als Benefiz für die Kampagne zur Rückgewinnung Öffentlicher Räume.

Zum Schluß noch ein paar wichtige Links:
Auf dem **Infotelefon GARFIELD** aus dem Rhein-Neckar-Raum könnt Ihr weitere aktuelle Nachrichten - bundesweite wie regionale - hören. Das Telefon wird zweimal wöchentlich aktualisiert. Die Nummer ist 06272-3559. Dann gibt's noch das **Antifa-Infotelefon Berlin** unter 030-275 6075 6. Viele Infos findet Ihr auch auf der website vom **Antifa Update** der **Frente**: members.tripod.de/Frente

GAMMA ist in Leipzig zu haben im Conne Island, im Antifa-Presse-Archiv, im Infoladen, im Buchladen Bruchsteine und in der Lichtwirtschaft.